TELEKOMMUNIKATION

Deutsch-spanischer Flirt

Die Deutsche Telekom möchte mit der spanischen Telefongesellschaft Telefónica fusionieren. „Erste Gespräche“, so ein ranghoher Telekom-Manager, habe es „bereits gegeben“. Die Kontakte laufen seit rund sechs Wochen. Ranghohe Telekom-Manager halten sich nach Informationen aus dem Unternehmen derzeit in Spanien auf; auch EU-Kommissar Martin Bangemannn, der demnächst in den Verwaltungsrat von Telefónica-Chef Juan Villalonga einzieht, ist über die Gespräche informiert. Das würde auch erklären, warum die Telekom den geplanten Berufswechsel des Industriekommissars nicht kritisierte. Noch in diesem Jahr, so das erklärte Ziel von Telekom-Chef Ron Sommer, will sich die Telekom im Ausland durch Zukäufe verstärken. Telefónica gilt als Perle unter den Telefonfirmen. Auch eine Allianz mit Cable & Wireless ist noch immer möglich.

B. BOSTELMANN / ARGUM

Sommer

WHITE STAR

Villalonga

1998	Deutsche Telekom	Telefónica de España
UMSATZ in Milliarden Euro	35,6	17,5
GEWINN nach Steuern in Milliarden Euro	2,15	1,3
BESCHÄFTIGTE	179 500	62 000
MOBILFUNK Anteil am heimischen Markt	41 %	70 %

DER SPIEGEL

DPA

Eichel

STEUERN

Neuer Gesetzesärger

Nach dem Chaos um die Gesetze zu 630-Mark-Jobs und Scheinselbständigkeit droht der Regierung ein neues Debakel. Eine neue Steuer für ausländische Dienstleistungen erregt die Import-Wirtschaft. Seit dem 1. April müssen die deutschen Auftraggeber 25 Prozent des Preises für ausländische Dienstleistungen als Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag einbehalten und an den Fiskus abführen. Die neue Regelung zielte ursprünglich auf Bauarbeiterkolonnen, beispielsweise aus England oder Tschechien, die weder Steuern noch Sozialabgaben zahlen und deutsche Baufirmen unterbieten. Tatsächlich aber sind alle Arten von ausländischen Dienstleistungen betroffen: Auch wer Software in London entwickeln läßt oder eine Spedition in Amsterdam beauftragt, muß den 25-Prozent-Abschlag zahlen. Um die wenigen schwarzen Schafe der Bauindustrie zu finden, müssen nun alle Unternehmen, die Aufträge ins Ausland vergeben, einen aufwendigen Papierkrieg führen und anhand von Freistellungserklärungen untersuchen, ob sie die Steuer abziehen oder nicht. „Ein völlig irres Gesetz“, sagt Hermann Grewer, Präsident des Bundesverbands Güterkraftverkehr und Logistik. Das ohnehin angeschlagene deutsche Transportgewerbe hat jetzt Verkehrsminister Franz Müntefering alarmiert, und der forderte Finanzminister Hans Eichel auf, „negative Auswirkungen einer derartigen Gesetzesauslegung zu vermeiden bzw. zu entschärfen“. Böse Briefe kommen auch aus dem Ausland: Fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union von Luxemburg bis Großbritannien schrieben empört nach Bonn.

JUSTIZ

Freiheit für Schneider

Der ehemalige Baulöwe Jürgen Schneider, 65, soll im Dezember auf freien Fuß kommen. Das ist das Ergebnis von Gesprächen zwischen Schneiders Strafverteidiger Eckart Hild und dem zuständigen Richter Michael Kehr. Schneider ist schon seit 13 Monaten Freigänger und kehrt nur nachts in den Knast zurück. 1994 hatte er durch betrügerische Immobilienspekulationen eine Milliardenpleite hingelegt und damit Banken geschädigt und zahlreiche Handwerker in große Schwierigkeiten gebracht; 1997 wurde er daraufhin zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und neun Monaten verurteilt. Nach der geplanten Freilassung hätte Schneider zwei Drittel seiner Haft verbüßt.

ACTION PRESS

Schneider